

«Die Arbeit in der grossen Koalition wird schwieriger»

Der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble im Gespräch über innen- und aussenpolitische Fragen

Der deutsche Innenminister, Wolfgang Schäuble von der CDU, gehört zu den profiliertesten Politikern Deutschlands. In einem Gespräch mit der NZZ äussert er sich zu den aktuellen innen- und aussenpolitischen Fragen. Das Interview führten der Deutschland-Korrespondent Eric Gujer sowie der Auslandsredaktor Jürg Dedial in Schäubles Büro in Berlin.

Herr Schäuble, die Fussball-WM in Deutschland war auch in Bezug auf die Sicherheit ein voller Erfolg. Können Sie als oberster Sicherheitsverantwortlicher der Schweiz und Österreich für die Europameisterschaft 2008 einige gute Ratschläge geben?

Wolfgang Schäuble: Ratschläge brauchen Österreich und die Schweiz nicht. Natürlich werten wir die Erfahrungen gemeinsam aus und sind zur engen Zusammenarbeit bereit. In Deutschland haben wir sehr gute Erfahrungen mit ausländischen Polizisten in ihrer eigenen Uniform gemacht. Das war eine echt europäische Zusammenarbeit. Unser Konzept beruhte auf dem Prinzip, genug Sicherheitskräfte vor Ort zu haben, sie aber nicht sichtbar zu machen. Das war ein voller Erfolg. Zwischen Österreich, der Schweiz und Deutschland gibt es eine sehr pragmatische Kooperation.

Weshalb eine neue Abschlusssdiskussion?

Sie haben jüngst wieder die Diskussion über das umstrittene Recht auf den Abschuss gekapertter Flugzeuge im Rahmen der Terrorbekämpfung angestossen. Was hat Sie dazu motiviert?

Aus historischen Gründen haben wir eine strikte Trennung zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben. Nun gibt es gewisse Gefahren, die man mit polizeilichen Mitteln einfach nicht bekämpfen kann. Die rot-grüne Regierung wollte das mit einem Gesetz regeln. Aber dafür gab es keine verfassungsrechtliche Grundlage. Und im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD kamen wir überein, im Falle eines negativen Entscheids des Bundesverfassungsgerichts die verfassungsrechtliche Basis zu schaffen. Dies ist jetzt der Fall. Als dafür zuständiger Innenminister und nach fachlicher Abstimmung mit Verteidigungs- und Justizministerium habe ich den Vorschlag einer Verfassungsänderung eingebracht. Man kann uns jetzt nicht vorwerfen, ausserhalb des Koalitionsvertrags zu agieren. Wir wollen die Frage der Abwehr von Gefahren aus der Luft jetzt regeln, und ich bin überzeugt, dass es nur so geht.

Die SPD ist freilich alles andere als begeistert.

Es muss niemand begeistert sein. Wenn die SPD einen andern Vorschlag hat, soll sie ihn machen. Oder man soll sich darüber verständi-

gen, dass man den Koalitionsvertrag nicht erfüllen will. Ich bin dafür, dass wir ihn erfüllen.

Der Fall Luftsicherheit ist symptomatisch für die grosse Koalition, die immer nur die kleinsten möglichen Kompromisse zulässt.

Natürlich ist die grosse Koalition zum Konsens gezwungen. Da gibt es grössere und kleinere Probleme. Aber wir haben doch auch Erfolge vorzuweisen. Wir haben vor allem die Wirtschaft gestärkt, und wir erfüllen jetzt wieder die Maastricht-Kriterien. Auch andere Dinge haben wir gut vorangebracht. Wir arbeiten sehr gut und sehr pragmatisch zusammen.

Keine Alternative zu dieser Koalition

Aber Sie werden kaum bestreiten, dass eine grosse Koalition grundsätzlich keine gute Lösung ist. Das hat auch damit zu tun, dass gewöhnlich spätestens nach der Halbzeit aus wahlkampfaktischen Gründen nichts mehr läuft.

Die grosse Koalition ist eine Ausnahme, nicht die Ideallösung. Nach dem September 2005 gab es ganz einfach keine realistische Alternative. Und es ist klar, dass die Zusammenarbeit mit der Zeit immer schwieriger wird. Nach vier Jahren werden wir wieder Wahlkampf gegeneinander führen.

Ist bei der Fünf-Parteien-Konstellation in Deutschland überhaupt noch etwas anderes möglich als eine grosse Koalition?

Das Problem ist nicht die Parteienkonstellation, sondern die stark gewachsene Volatilität von Wahlentscheidungen. Die Veränderungen von einer Wahl zur nächsten sind riesengross und nehmen noch zu. Es ist nahezu alles möglich. Unsere Aufgabe ist es, die Leute immer wieder von den Vorteilen der demokratischen Beteiligung zu überzeugen und ihr Interesse und Engagement dafür zu fördern. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch auf Bundesebene wieder andere Mehrheiten als heute gewinnen können.

Wäre ein Mittel zur Stärkung der Demokratie nicht, dass man den Leuten wieder mehr unmittelbare Entscheidungsbefugnisse gibt? Es gibt ja die Föderalismusreform, die den vielleicht dicksten Brocken, die Reform der Finanzordnung, bis jetzt vertagt hat.

Ich bin ein überzeugter Anhänger eines Föderalismus, der von unten nach oben wirkt. Wir haben jetzt mit der Finanzreform angefangen, und wir würden damit nicht anfangen, wenn wir nicht die feste Absicht hätten, zum Erfolg zu gelangen. Das wird schwierig sein, denn es geht ja nicht nur um eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen oder den Ländern untereinander, sondern wir wollen generell die Aufgabenerfüllung im staatlichen Bereich effizienter machen. Mit Synergieeffekten wollen wir aus der Falle herauskommen, dass wir einen Konsens mit den Ländern nur dann erreichen, wenn keiner verliert.

Solidarität für die CSU in deren Krise

Die gegenwärtige Krise der CSU tangiert auch Ihre Partei, die CDU. Wie beurteilen Sie die Vorgänge in Bayern?

Natürlich sind wir eine Gemeinschaft. Aber zurzeit haben wir keinen Verlust an Stimmen, und ich empfehle, ein bisschen entspannt zu sein. Die CSU ist in einer schwierigen Phase, in der sie Solidarität braucht, doch ganz sicher keine öffentlichen Ratschläge. Deswegen hält sich die CDU völlig zurück. Auch wir hatten in den letzten Jahren schwierige Zeiten, und da hielt sich die CSU ebenfalls solidarisch zurück.

Aber die Krise beleuchtet doch etwas sehr Grundsätzliches: Wir haben einen Ministerpräsidenten gesehen, der sehr erfolgreich war und eine gute Bilanz vorweisen konnte. Und trotzdem wollten die Leute ihn nicht mehr. Das erinnert einen auch ein bisschen an den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl. Wie verhält man sich gegenüber einem solchen Phänomen? Besteht auf Seiten solcher Politiker ein Wahrnehmungsproblem?

Das ist bestimmt eine schwierige und heikle Frage. Auch eine gute Bilanz ist noch keine Garantie für eine Wiederwahl. Die Leute schauen weniger in die Vergangenheit als nach vorne. Sie wollen Vertrauen haben in die Zukunft. Deshalb ist ein Wahlergebnis auch nicht nur ein Zeugnis für gut geleistete Arbeit. Immerhin ist das, was wir in Bayern sehen, im Grunde Ausdruck der Tatsache, dass die Demokratie gut funktioniert. *Herr Stoiber würde das vermutlich nicht so sehen. Für ihn funktioniert sie wohl kaum.*

Für einen Betroffenen ist das natürlich nicht einfach. Ich möchte im Augenblick auch nicht über Herrn Stoiber diskutieren, sondern an andere grosse Figuren erinnern, die mit diesem Phänomen konfrontiert waren, wie Winston Churchill oder auch Adenauer. Dagegen ist kein Mensch gefeit. Aber jeder hat Anspruch auf Respekt vor seinen Leistungen. Das gilt unabhängig davon, wie die Sache ausgeht.

Kein klassisches Einwanderungsland

Lassen wir die CSU. Herr Minister, ist Deutschland ein Einwanderungsland?

Der Begriff Einwanderungsland ist missverständlich. Deutschland ist, wie die Schweiz, kein klassisches Einwanderungsland. Wir suchen nicht bestimmte Menschen oder Gruppen. Aber selbstverständlich findet Einwanderung statt, im Augenblick relativ wenig. Deshalb führt diese Frage in die Irre. Entscheidend ist, dass wir die hier lebenden Menschen gut integrieren. Das tut die gegenwärtige Regierung. Wir müssen auch die Muslime stärker integrieren. Deshalb haben wir als ständiges Dialogforum die Deutsche Islamkonferenz ins Leben gerufen.

Wie klug sind dann aber die Kopftuchverbote?

Diese sind Sache der Bundesländer. Wir haben kein generelles Kopftuchverbot. Die Debatte dreht sich nur um Menschen, die in einem speziellen Treueverhältnis zum Staat stehen. Sie hat keine zentrale Bedeutung. Wir leben mit den Muslimen zusammen, sie haben die gleichen Rechte, die gleiche Verantwortung, und sie sind eingeladen, unsere Ordnung mitzugestalten. Dazu müssen sie sie natürlich auch akzeptieren.

Sie haben, kürzlich gerade auch in Zürich, sehr deutlich Stellung genommen gegen eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU. Hat das auch mit der innenpolitischen Perspektive zu tun?

Nein! Ich bin ein Anhänger eines wirklich integrierten Europa. Aber die Menschen müssen ein hinreichendes Mass an Zugehörigkeit oder Identität - oder wie Sie es nennen wollen - haben. Das erreichen wir nicht, wenn wir gewissermassen ein grenzenloses Europa machen wollen. Wir sind klug beraten, Länder, die nur teilweise zu Europa gehören, nicht aufzunehmen. Eine Mitgliedschaft der Türkei oder etwa auch Russlands würde die Chance auf eine europäische Identität für eine lange Zeit vermindern. Das ist der Grund, weshalb ich für privilegierte Partnerschaften eintrete. Dies heisst nicht, dass wir nicht ein grosses europäisches Interesse an der Entwicklung in der Türkei hätten. Nur hat das nichts mit der deutschen Debatte zu tun.

Was will Merkel im Verfassungsstreit?

Deutschland hat zurzeit die Ratspräsidentschaft der EU inne. Bundeskanzlerin Merkel will den Verfassungsprozess wieder in Gang bringen. Ist das nicht ein wenig zu ehrgeizig?

In der Tat ist die Lage sehr kompliziert. Es gibt unter den 27 EU-Mitgliedern drei Gruppen, die man alle ins Boot holen muss: jene, die den Verfassungsentwurf ratifiziert haben, jene, die ihn noch nicht ratifiziert haben, und jene, die ihn abgelehnt haben. Man kann also nicht einfach die gleiche Vorlage wiederbeleben. Aber eine völlig neue Verfassung geht auch nicht. Also müssen wir uns zusammenfinden. Wenn wir miteinander reden, kommen wir recht schnell an einen Punkt, wo wir erkennen, wie eine Lösung aussehen kann. Die Kanzlerin hat völlig recht, wenn sie sagt, dass wir jetzt mit einem solchen Prozess beginnen sollen, damit dieser dann in der französischen Präsidentschaft, also im zweiten Halbjahr 2008, zum Abschluss kommt. Ich glaube, das ist lösbar.

Sie haben Russland erwähnt. Braucht es im Licht der jüngsten Erfahrungen mit Öl und Gas eine stärkere Abgrenzung gegenüber Russland?

Nein, Russland ist ein ganz wichtiger Partner. Aber wir dürfen keine Politik mehr machen, die von den andern Ländern in Osteuropa als Versuch der Spaltung empfunden wird. Deshalb müssen wir eine europäische Politik gegenüber Russland betreiben, am besten eine europäisch-amerikanische. Damit können wir den osteuropäischen Partnern die gewünschte Sicherheit geben.

Wenn man über Energie spricht, lässt sich wohl auch in Deutschland das Thema Kernenergie

immer weniger...

... Sie kennen die Auffassungen der Beteiligten, und Sie wissen, dass in der grossen Koalition darüber ein Disput besteht. Es gibt in dieser Koalition Dinge, über die man sich nicht zusammenraufen kann. Dazu gehört die Kernenergie. Wir von der CDU/CSU sind überzeugt, dass sich unsere Auffassung durchsetzen wird. Auch die EU geht ja ganz eindeutig in diese Richtung. Das sind schlichte Tatsachen, und es ist immer schwierig, wenn man versucht, Politik gegen die Realitäten zu machen.

Aktive deutsche Aussenpolitik

Deutschland hat seinen aussenpolitischen Radius in den letzten Jahren kontinuierlich erweitert. Aber die Gegenkräfte werden stärker. Es heisst, man müsse immer eine Exit-Strategie haben. Muss sich Deutschland wieder ein Stück zurücknehmen, oder kann es diesen Weg fortsetzen?

Deutschland ist stets mehr gedrängt worden, sich an internationalen Einsätzen zu beteiligen. Wir von der CDU/CSU sind überzeugt, dass wir nur mit einer integrierten europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik Erfolg haben können. Das heisst aber, dass man sich beteiligen muss. Wenn man ein multilaterales Vorgehen befürwortet wie zum Beispiel bei der Uno-Resolution 1701 in Libanon, dann muss diese auch umgesetzt werden. Und da kann man nicht sagen, die anderen sollen sie umsetzen, wir hingegen nicht. Ich glaube, dass wir in der Lage sind, in der Bevölkerung immer wieder die notwendige Mehrheit für Auslandseinsätze der Bundeswehr zu gewinnen. Aber man muss sehr sorgfältig sein.

Sie lehnen also die Aussage ab, das Maximum an Auslandseinsätzen der Bundeswehr sei erreicht?

Das ergibt doch keinen Sinn! Wir sind an einer Stärkung der europäischen Sicherheitspolitik genauso interessiert wie an der Stärkung der Nato oder der Uno. Da kann man nicht einfach wegtreten. Das ist kein Weg.

Ein politisches Schwergewicht

de. Wolfgang Schäuble ist einer der vielseitigsten und erfahrensten deutschen Politiker. Er wurde 1942 in Freiburg im Breisgau geboren und studierte dort sowie in Hamburg Jurisprudenz. Seit 1965 ist er Mitglied der CDU, seit 1972 Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Unter Kohl stieg er in die höchsten Partei- und Fraktionsämter auf und wurde nach Kohls Abwahl 1998 Parteivorsitzender. Von 1984 bis 1989 war er Minister für besondere Aufgaben und Kanzleramtschef. 1989 ernannte ihn Kohl zum Innenminister.

Obwohl Kohl ihn schon 1992 zu seinem Nachfolger erklärt hatte, wurde Schäuble immer wieder zurückgedrängt. 1990 wurde er bei einem Attentat schwer verletzt und ist seither an den Rollstuhl gebunden. Trotzdem leitete er von 1991 bis 2000 die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In der Folge der Parteispendenaffäre trat er dann vom Vorsitz von Partei und Fraktion zurück. Er behielt aber grossen Einfluss in der CDU und wurde 2005 von Angela Merkel als Innenminister wieder ins Kabinett geholt.

Schäuble ist Autor zahlreicher Bücher, die sich auch mit aussenpolitischen und gesellschaftlichen Fragen beschäftigen. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern.